



US-Präsident Donald Trump bezeichnete den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gestern als „Diktator“, der amerikanische Gelder angenommen habe, um Krieg gegen Russland zu führen. In einem mit Unwahrheiten gespickten Beitrag in den sozialen Medien erwähnte Trump weder den russischen Präsidenten Wladimir Putin noch die Annexion ukrainischer Gebiete durch Russland im Jahr 2014 oder die groß angelegte Invasion 2022.

Zudem ließ Trump durchblicken, dass die zukünftige Sicherheit der Ukraine nicht mehr als ein Problem der USA betrachtet werden sollte.

„Dieser Krieg ist für Europa viel wichtiger als für uns“, schrieb er auf Truth Social. „Wir haben einen großen, wunderschönen Ozean als Trennung.“

Die Auseinandersetzung begann, nachdem Vertreter des Weißen Hauses und des Kremls in Saudi-Arabien Friedensgespräche führten – ohne die Ukraine einzubeziehen. Nach diesem Treffen am Dienstag behauptete Trump, die Ukraine habe den Krieg begonnen. Daraufhin erklärte Selenskyj, Trump sei „in ein Netz der Desinformation geraten“.

EU: Neujustierung der Beziehungen zu den USA

Gestern trafen sich europäische Staats- und Regierungschefs zu einem weiteren Krisentreffen, um ihre Beziehungen zu den USA neu auszurichten, da Trump offenbar auf eine Annäherung an Russland hinarbeitet.

Reaktionen: Hoffnung in Russland, Ernüchterung in der Ukraine

In Russland wächst die Hoffnung, dass sich die Beziehungen zu den USA wieder normalisieren, da Washington und Moskau eine mögliche Neuausrichtung ihrer Partnerschaft in Betracht ziehen. In der Ukraine hingegen macht sich zunehmend Ernüchterung über die Trump-Regierung breit.

Arabische Staaten arbeiten an einem Zukunftsplan für Gaza

Abgesandte aus Ägypten, Jordanien, Saudi-Arabien, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten treffen sich in Saudi-Arabien und kommenden Monat erneut in Kairo, um eine Nachkriegsstrategie für den Gazastreifen zu erarbeiten. Ihr Konzept sieht vor, dass arabische Staaten den Wiederaufbau der Enklave finanzieren und überwachen, während die Einwohner vor Ort bleiben und die Perspektive eines palästinensischen Staates erhalten bleibt.



Doch die Hürden für diese Pläne sind so alt wie die Pläne selbst: Die israelische Regierung lehnt jede Nachkriegsordnung ab, die den Weg zur palästinensischen Staatlichkeit ebnen könnte. Arabische Staaten wiederum bestehen auf einem Modell, das zumindest formal eine Perspektive für einen palästinensischen Staat eröffnet.

Nächste Schritte: Ein Verwaltungsgremium für Gaza?

Ägypten wird voraussichtlich vorschlagen, eine Kommission aus palästinensischen Technokraten und Gemeindevertretern – allesamt ohne Verbindung zur Hamas – einzusetzen, um Gaza nach dem Krieg zu verwalten. Dies berichten zwei arabische Diplomaten sowie zwei westliche Beamte.

Geiselkrise: Hoffnung auf Rückführung der Opfer

In Israel wartet die Öffentlichkeit gespannt auf die erwartete Freigabe der Leichen von vier Geiseln, die von der Hamas festgehalten wurden.

Papst Franziskus mit Lungenentzündung im Krankenhaus

Papst Franziskus wird seit Freitag im Krankenhaus behandelt. Wie der Vatikan mitteilte, wurde am Dienstag eine Lungenentzündung in beiden Lungen diagnostiziert. Die spärlichen offiziellen Informationen haben zahlreiche Spekulationen ausgelöst – nicht zuletzt, weil der Vatikan in der Vergangenheit oft durch Intransparenz und Verschleierung auffiel.

Seit der Einlieferung des 88-jährigen Papstes veröffentlicht das vatikanische Pressebüro lediglich zwei knappe Updates pro Tag. Die jüngste Mitteilung von gestern Abend berichtete von „leichten Verbesserungen, insbesondere bei den Entzündungswerten“ in seinen Bluttests. Der Vatikan gab zudem bekannt, dass Franziskus mit Kortison und Antibiotika gegen eine polymikrobielle Infektion behandelt werde.

WEITERE TOP-MELDUNGEN

Italien: Tausende Touristen haben in den vergangenen Wochen die schneebedeckten Hänge des sizilianischen Ätna gestürmt, um die Lavaflüsse des Vulkans zu bestaunen.

Brasilien: Die Medienfirma von Donald Trump wirft einem Richter des Obersten Gerichtshofs



Brasiliens, der über eine mögliche Verhaftung Jair Bolsonaros entscheidet, vor, rechte Stimmen in sozialen Medien unrechtmäßig zu zensieren.

Panama: Migranten, die unter der Trump-Regierung abgeschoben wurden, berichten von primitiven Bedingungen in einem Lager am Rand des Dschungels, in das sie gebracht wurden.

Südkorea: Vier Beamte wurden schuldig gesprochen, ihre Macht missbraucht zu haben, als sie 2019 zwei nordkoreanische Flüchtlinge, die zuvor 16 Landsleute ermordet hatten, nach Nordkorea zurückschickten.

Deutschland: Alice Weidel führt die rechtsextreme AfD, eine nationalistische, einwanderungsfeindliche Partei mit Verbindungen zu Neonazis – doch ihre Ehefrau stammt aus Sri Lanka.

Afrika: Die Demokratische Republik Kongo und Ruanda teilen sich einen See. Während seine Ufer in Ruanda als Freizeitparadies dienen, werden in Kongo immer wieder Leichen angetrieben.

Technologie: Apple hat das iPhone 16e vorgestellt. Es wird 599 Dollar kosten und ein neues KI-System namens „Apple Intelligence“ enthalten.